Bericht über die Entwicklung in POLEN

- September 1960

A. Innere Entwicklung — Seite: 1

I. Politische Ereignisse — 1

1) Mit dem halben Herzen ... — 1

2) Polnische Stellung im Streit Moskau - Peking — 2

3) Katholizismus soll sich mehr engagieren — 5

4) Zum Jahrestag des Überfalles auf Polen — 8

II. Wirtschaft — 9

1) Ernteergebnisse — 9

2) Dorfagronomen in jedem Dorf — 9

3) GOMULKA über die aktuellen Probleme der Landwirtschaft — 10

4) Handwerk sucht Ausflucht in die Illegalität — 12

5) Die industrielle Produktion Polens — 14

III. Kulturelle und soziale Probleme — 15

1) Weniger Alkohol trinken — 15

2) Fernsehen verbreitet sich auf das ganze Land — 15

B. Polen und das Ausland — 17

Tschechoslowakischer Besuch in Polen — 17

- - - - - - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Mit dem halben Herzen ...

Der September 1960 war für den polnischen Parteichef GOMULKA ein ziemlich strapazierender Monat. Er mußte ein umfangreiches Programm erfüllen. Gleich zu Anfang des Monats hatte er beim Erntedankfest Ansprachen zu halten und die Bäuerinnen nach Landessitte zum Reigen zu führen. Gleichdanach nahm ihn der einwöchige Besuch der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation in Anspruch. Dem schloß sich die Sitzung des Zentralkomitees an, auf der er den Bericht gab. Am Monatsende schließlich erwartete ihn seine schwerste Pflicht: Die Teilnahme an der UN-Versammlung.

Die Männer aus seiner Umgebung sprachen davon, daß die UN-Reise den Parteichef nicht erfreut habe, sondern, daß er die Moskauer Aufforderung zur Teilnahme an der Vollversammlung als bedrückend und sinnlos empfand.

Die Sonderstellung Polens innerhalb des Ostblocks bringt es mit sich, daß auch die Beziehungen dieses Landes zu den westlichen Ländern komplizierter sind als das bei anderen Satelliten der Sowjets der Fall ist. In vielen westlichen Ländern geniesst Polen große Sympathien, und diese Sympathien werden auch von der polnischen Bevölkerung erwidert. Auch für viele polnische Kommunisten gelten die drei Westmächte in erster Linie als Helfer bei der Befreiung Polens von der nazistischen Schreckensherrschaft und die meisten Mitglieder des NATO-Bündnisses als Leidensgenossen aus der gleichen Zeit.

Auch in offiziellen polnischen Kreisen schätzt man die wohlwollende Haltung des Westens und ist nicht ohne weiteres bereit, etwas zu unternehmen, was diese Sympathien beeinträchtigen würde.
Diesen verständlich Wunsch Warschaus, die Beziehungen Polens zum Westen nicht weiter zu belasten, hat der Kreml bis jetzt respektiert. Das geschah freilich vor allem deswegen, weil Moskau aus dieser Situation eigene Vorteile zu ziehen hoffte. Es gab schon mehrmals Situationen, daß die polnische Diplomatie stellvertretend für Moskau Kontakte aufnahm und Aktionen leitete. Auch im Falle einer noch weitergehenden Verschlechterung der internationalen Lage könnte man von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Bis vor kurzem glaubte man in Warschau, CHRUSCHTSCHOW könnte an einer Verschlechterung der Beziehungen Polens mit dem Westen nicht interessiert sein. Mit wachsender Unruhe beobachtet man aber in der Umgebung GOMULKAs die Tatsache, daß CHRUSCHTSCHOW in kurzer Zeit nicht nur sich selbst sondern auch

die polnischen Kommunisten in den Augen des Westens unmöglich machen kann.

Der mit internen Schwierigkeiten (innerhalb der sowjetischen Führung und des Ostblocks) kämpfende CHRUSCHTSCHOW - so meint man in Warschau - braucht dringend große internationale Erfolge. B leiben sie ihm versagt, könnte dies seine Position erschüttern. Deshalb seine Ausbrüche, die soweit gehen, daß er dabei jegliche Kontrolle über sich selbst verliert.

Zu dieser Besorghis erregenden Erkenntnis war man in der Umgebung GOMULKAs gekommen, was die Zurückhaltung der Polen bei der Vorbereitung auf die UNO-Sitzung noch verständlicher macht.

GOMULKA zeigte immerhin genug Mut und Charakter, um in den Augen des Westens nicht als Marionette CHRUSCHTSCHOWs zu erscheinen. Er soll geschickt der Einladung der Sowjets ausgewichen sein, die Reise nach New York mit den übrigen Ostblockvertretern gemeinsam auf der "Baltica" zu unternehmen. Angeblich ist aus diesem Grunde im letzten Augenblick eine Sitzung des ZK einberufen worden.

In New York bemühte sich der polnische Parteichef um eine sachliche Haltung. Er trat im Gegensatz zu einigen anderen Ostblockvertretern nicht als Scharfmacher hervor und schlug im allgemeinen einen versöhnlicheren Ton an. Hier gab es nur eine Ausnahme: Wie schon mehrmals in der Vergangenheit nutzte er auch diesmal die Gelegenheit, um vor einem breiten internationalen Forum scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik fortzusetzen.

In politischen Kreisen Warschaus meint man, daß GOMULKA dabei nicht nur ein ihm von Moskau zugeteiltes Soll erfüllt. In der Umgebung GOMULKAs glaubt man viel mehr, daß seine Haltung gegenüber der Bundesregierung von ehrlicher Besorgnis erfüllt sei, von der Bundesrepublik droho Polen eine ernste Gefahr. Nicht alle politisch denkenden Polen identifizieren sich mit GOMULKAs Beurteilung der Bundesrepublik. Allerdings - so heißt es einschränkend aus Warschauer Kreisen - erreichen Polen genug Informationen, die dazu angetan sind, den Verallgemeinerungen GOMULKAs den Anschein von Fundiertheit zu geben.

Abgesehen von der deutschen Frage hat GOMULKA die Taktik CHRUSCHTSCHOWs vor der UNO nur mit halben Herzen mitgemacht. Sehr müde wirkte auch der Versuch, die UNO-Reise GOMULKAs vor der polnischen Öffentlichkeit als ein

"historisches Ereignis" darzustellen. Lediglich ein paar Versammlungen wurden organisiert, um einige "Solidaritätsbeschlüsse" zu fassen, die man nach New York schickte. Gegenüber sonstigen Propaganda-Aktionen blieb der Aufwand weit zurück.

Die polnische Öffentlichkeit war durch westliche Rundfunksender und andere Quellen über das entwürdigende Verhalten des sowjetischen Delegationsführers informiert. Man war schockiert und äußerte die Hoffnung, daß der Vertreter Polens sich nicht daran beteiligt. Es kam bei mehreren Gelegenheiten zu Mißfallenskundgebungen gegen CHRUSCHTSCHOW, worüber die westlichen Presseagenturen berichteten.

2) Polnische Stellung im Streit Moskau-Peking

Für das Prinzip der friedlichen Koexistenz und für die Festigung der Einheit aller kommunistischen Parteien sprach sich das Zentralkomitee der PZPR aus. Der Beschluß bezieht sich offiziell auf die Beratung der Kommunistischen Parteien, die im Sommer in Bukarest stattfand und den ideologischen und politischen Konflikt zwischen Moskau und Peking zum wichtigsten Thema hatte.

Wie nicht anderes zu erwarten, sprachen sich alle europäischen Satellitenparteien für die von Moskau vertretenen These der Koexistenz und Vermeidbarkeit des Krieges aus. Sie entspricht auch ohne Einschränkung der Überzeugung der polnischen Parteiführung unter GOMULKA.

In Warschau verfolgt man mit Besorgnis den sich verschärfenden Kurs der chinesischen Partei. Vor vier Jahren glaubte man in Warschau eine (kurze) Zeit, in China ein Gegengewicht zu Moskau gefunden zu haben, das die alleinigen Herrschaftsansprüche der Sowjets bremsen könne. In dieser Situation konnte man sich unschwer zahlreiche Vorteile für die Satellitenländer, darunter auch Polen, ausrechnen.

Die Rechnung ging nicht auf, weil sie auf der Annahme einer Konstellation basierte, in der die Sowjets die Rolle der Scharfmacher spielen, während die Chinesen sich "liberal" gebärden würden. Der Konflikt zwischen den zwei größten kommunistischen Staaten verschärfte sich indes, wobei die Rollen gerade umgekehrt verteilt wurden. Damit wurde eine Liaison mit China für Polen nicht nützlich sondern gefährlich.

Immerhin hatte es aber eine Zeit gegeben, die die polnischen Erwartungen nicht so ganz unberechtigt erscheinen ließ. Als vor vier Jahren ein Umschwung in Warschau GOMULKA an die Macht brachte, warnte der chinesische Kommunistenführer MAO im Zeichen der "hundert blühenden Blumen" Moskau vor einer Intervention. Das ist in der polnischen Hauptstadt bis heute nicht vergessen worden.

Obwohl in dem jetzigen Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Kolossen Warschau mit Moskau übereinstimmt, obwohl das nicht aus taktischen sondern aus Überzeugungsgründen geschieht, wollte GOMULKA keineswegs Öl ins Feuer giessen. In der klugen Einsicht, daß die Kleineren sich nach Möglichkeit der Auseinandersetzung der Großen fernhalten sollen, trat GOMULKA in Bukarest beschwichtigend auf. Laut Informationen aus Warschauer Kreisen betonte GOMULKA immer wieder, daß die Idee der friedlichen Koexistenz, für die sich die polnischen Kommunisten bedenkenlos aussprechen, nur unter Voraussetzung der Aktionseinheit aller kommunistischen Staaten realisierbar ist. Darum soll man jede Schärfe vermeiden, die diese Einheit gefährden würde.

Schon kurze Zeit nach dem Bukarester Treffen, in seiner Rede vor dem Kattowitzer Parteikomitee vom 7. Juli d.J., entwickelte GOMULKA denselben Gedanken. Ein Atomkrieg wäre eine in seinen Folgen unübersehbare Katastrophe für die Menschheit, während die jetzige Entwicklung auch ohne Krieg zu einem endlichen Sieg des Kommunismus führe. Die friedliche Koexistenz könne dem kommunistischen Lager also nur Vorteile bringen.
In dem letzten Beschluß des ZK, der am 16. September veröffentlicht wurde, wiederholen sich die gleichen Gedankengänge. Dort heißt es z.B., daß der Imperialismus seinen aggressiven Charakter zwar behalten habe, aber durch die "ständig wachsende Überlegenheit der Kräfte des Sozialismus" seine Chancen verschwindend geringer geworden seien. Infolge dessen sei der Krieg vermeidbar.

Der wichtigste Teil des Beschlußes lautet wie folgt:

"Eine notwendige Voraussetzung für den Sieg des Friedens ist die Festigung der Einheit und Solidarität aller kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt, der Geschlossenheit und Macht des sozialistischen Lagers. Alle kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen, müssen in ihrem Streben nach Festigung dieser Geschlossenheit ziel-

bewußt sowohl den Opportunismus und Revisionismus wie auch den Dogmatismus und das Sektierertum bekämpfen...

Das ZK der PZPR erklärt sich mit der Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien, die an der Bukarester Beratung teilgenommen haben, vollauf solidarisch und betont, daß Volkspolen gemeinsam mit dem ganzen sozialistischen Lager nach wie vor konsequent eine Politik der friedlichen Koexistenz betreiben wird, daß es zum Wachstum der Kräfte und der internationalen Autorität des sozialistischen Lagers beiträgt und die brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu allen sozialistischen Staaten festigt."

3) Katholizismus soll sich mehr engagieren

Eine interessante und lehrreiche Polemik entbrannte kürzlich in der polnischen Presse über den Grad des politischen Engagements der katholischen Politiker. Anlaß zu dieser Polemik waren drei Artikel, unterzeichnet von drei katholischen Schriftstellern, die zur Gruppe des Kardinals WYSZYNSKI gehören. Ihre Beiträge wurden in einer Nummer (36) der katholischen Wochenzeitschrift "Tygodnik Powszechny" abgedruckt. Die Namen der Autoren sind: Stanislaw STOMMA, Stefan KISIELEWSKI und Kazimierz STUDENTOWICZ. Die ersten beiden sind Parlamentsabgeordnete und gehören dem katholischen Sejm-Klub "Znak" an. STUDENTOWICZ ist in diesem Club Wirtschaftsexperte und hatte unter dem stalinistischen Terror schwer zu leiden.

Die drei Schriftsteller befaßten sich mit den Problemen der polnischen Staatsraison. Sie kommen zu dem Schluß, daß diese Raison von der geopolitischen Lage Polens und der Tatsache, daß dieses Land zur Gemeinschaft der kommunistischen Staaten gehöre - bestimmt werde. In dieser Situation habe Polen keine andere Wahl als eine enge Anlehnung an die Sowjetunion, die umso mehr den Interessen Polens entspreche, da die SU der einzige Garant der jetzigen Westgrenze Polens sei. Außerdem schließen sich die katholischen Schriftsteller der von dem amerikanischen Professor A.A.BERLE jr. vertretenen These an, daß sich aus kollektiven Systemen freie Gesellschaftsformen entwickeln, während freie Gesellschaften das System der kollektiven Wirtschaft annehmen können. Schlußfolgert STUDENTOWICZ:

"Die ganze Welt wird eines Tages zu einer Ganzheit verschmelzen."

Die Thesen der Vertreter des politischen Katholizismus in Polen veranlaßten die kommunistischen Kreise zu einem Widerspruch. Offensichtlich auf einen

Befehl von oben nahmen kommunistische Presseorgane eine Polemik mit diesen Thesen auf. Es war bezeichnend, daß man diese Polemik nicht in der breiten Öffentlichkeit führen wollte, weshalb keine Tageszeitung eingeschaltet wurde. Das Signal gab die politische Wochenzeitung "Polityka", die Polemik wurde dann fortgesetzt von anderen Wochenzeitschriften, wie "Nowa Kultura" und "Przeglad Kulturalny".

Der Chefredakteur des offiziösen GOMULKA-Sprachrohrs "Polytika", Mieczylaw RAKOWSKI, nahm vor allem an der These über den fortschreitenden Schwund der Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus Anstoß.

> "Es gibt Leute, die sich darüber im klaren sind, daß der Kapitalismus seine geschichtliche Rolle schon ausgespielt hat, sie meinen aber, daß er nicht vollständig abzutreten brauche, weil die Möglichkeit einer vollständigen Verschmelzung des Kapitalismus mit dem Sozialismus infolge des Schwindens der wesentlichen Gegensätze, die beide Systeme trennen, vorhanden ist. Die These, sollte man sie akzeptieren, müsste bestimmte praktische Konsequenzen nach sich ziehen. Ihre Anhänger hätten dann das moralische Recht, den Prozeß der sozialistischen Erziehung der Massen mit der Behauptung zu verlangsamen, daß - je weniger feste sozialistische Elemente vorhanden sind - wird die Verschmelzung beider Systeme leichter erfolgen können."

Die Tatsache, daß sich die organisatorischen Formen der industriellen Produktion in beiden Systemen annähern, hat nach Ansicht RAKOWSKIs nichts zu besagen. Ausschlaggebend seien die Eigentumsverhältnisse, die in beiden Systemen grundverschieden blieben. Die These von einer bevorstehenden Verschmelzung, mit der sich die katholischen Publizisten scheinbar identifizierten, verwische also die wesentlichen sozial-ökonomischen Unterschiede der beiden Systeme und sei darum falsch.

> "Wir sind davon überzeugt, daß der Sozialismus die Zukunft der Welt ist und daß sein Sieg als Folge des Abtritts des Kapitalismus von der geschichtlichen Bühne erfolgen wird."

Ein anderer kommunistischer Publizist, Witold ZALEWSKI, befaßt sich in "Przeglad Kulturalny" mit einer anderen These der katholischen Politiker:

> "Wie es scheint, kultiviert 'Tygodnik Powszechny" konsequent die alten Traditionen der Nationalen Demokratie (eine rechtsorientierte

Vorkriegspartei, die in Opposition zu PILSUDSKI stand), die die Engagierung der Menschen in den öffentlichen Angelegenheiten hauptsächlich durch die internationale Politik herbeiführen wollte. Kann aber heute, im Jahre 1960, die Meinung über unsere Außenpolitik, ja, sogar die Meinung, daß die Sowjetunion der Garant unsere Westgrenze ist, ein ausreichender Maßstab der wirklichen Engagierung eines Bürgers in öffentliche Angelegenheiten sein? Die internationalen Verträge sind nur in sehr kleinem Masse von der individuellen Aktivität eines einzelnen Bürgers abhängig, und so werden sie auch für gewöhnlich empfunden. Verglichen mit den Problemen der internen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung besitzen sie nur sekundäre Bedeutung. Hier, auf diesem Gebiet, stößt jeder auf die Probleme und Aufgaben, die seine eigene politische, moralische und ideologische Stellungnahme erfordern..."

Die Polemik gegen die katholischen Schriftsteller wurde in einem auffallend ruhigen Ton geführt. Diese Tatsache soll aber niemanden täuschen, daß es sich hier um eine bedeutsame Wandlung in der Parteieinstellung gegenüber der sogenannten "Kardinal"-Gruppe"handelt. Dies geschah gerade in einer Zeit, als die katholische Seite, vertreten durch das Oberhaupt der Kirche in Polen, Kardinal WYSZYNSKI, den außenpolitischen Thesen der Partei und Regierung volle Unterstützung gab (Predigt WYSZYNSKIs in Marienburg, Stellungnahme gegen ADENAUER wegen seiner Rede auf dem Ostpreußentreffen, Rückstellung der in einem Hirtenbrief enthaltenen Beschuldigungen gegen das Regime wegen kirchenfeindlicher Haltung usw.)

Zum Teil entschleiert eine Bemerkung aus dem "Polityka"-Artikel von RAKOWSKI die Kulissen der Polemik:

"Wir unterschätzen keineswegs die Ausführungen der führenden katholischen Publizisten, die der Meinung waren, daß sie in der heutigen komplizierten internationalen Lage ihre Haltung darlegen müssen. Sollten sie nur diese Absicht verfolgen, so müsste man ihre Initiative mit Freude begrüssen. Nach Lektüre ihrer Artikel bekommt man aber den Eindruck, daß im Hintergrund der Thesen, die unsere Außenpolitik unterstützen, ein anderer Gedanke hervorschaut: Der Wunsch für diese Unterstützung eine Rechnung aufzustellen, eine Rechnung, die aber zu hoch ist..."
(Laut "Polityka" vom 17. und 24. September und "Przeglad Kulturalny" vom 22. September).

4) Zum 21. Jahrestag des Überfalls auf Polen

Am 1. September bringt die parteiamtliche "Trybuna Ludu" einige Betrachtungen zum Jahrestag des deutschen Überfalles auf Polen. Darin heißt es u.a.:

"Die psychologische Militarisierung der westdeutschen Bevölkerung schreitet immer weiter fort. Zahlreiche Zeitschriften und Schulbücher, mit deren Lektüre die neue Generation heranwächst, verkleinern oder bagatellisieren offensichtlich die Verbrechen des Hitlerismus, schüren aufs neue den preußischen Chauvinismus und Nationalismus, der sich bei den Treffen der Ausgesiedelten und den Kongressen der Soldatenverbände breitmachen kann. Auf diesen Treffen produzieren sich sowohl die Führer der CDU mit dem Kanzler Adenauer an der Spitze als auch manche Anführer der SPD".

Das polnische Blatt bringt Zitate aus dem neonazistischen Blatt "Nation Europa" Nr. 5, das zum Jahrestag des Kriegsausbruches folgendes zu sagen hat (Rückübersetzung aus dem Polnischen):

"Forderungen, die Hitler an die Adresse Polens stellte, müssen wir als die vernünftigsten von allen Forderungen bezeichnen, die er während seiner Regierungszeit jemals an die Adresse eines fremden Staates stellte.. Polen benahm sich sehr viel hochmütiger und dummer als Serbien im Jahre 1914."

Ein Vertreter der polnischen, nichtkommunistischen Intelligenz, der auf diese Zitate angesprochen wurde, meinte, er sei sich völlig darüber im klaren, daß solche Meinungen keineswegs für die westdeutsche Haltung typisch seien. Er sei aber absolut ausserstande zu begreifen, warum diejenigen, die Deutschland schon einmal ins Unglück gestürzt haben, heute derartige Ansichten öffentlich und unbestraft vertreten können. Das Argument, in einer Demokratie gebe es nun mal Freiheit der Meinungsäusserung hält er nicht für stichhaltig. Wenn jemand beispielsweise die von den Nazis begangenen Verbrechen an den Juden verherrlicht, wird er mit Recht bestraft, und die Strafe wird sofort vollstreckt. Die in der Bundesrepublik geltenden Gesetze würden auch eine ausreichende juristische Handhabe für ein Vorgehen gegen diejenigen geben, die die polnischen Opfer des Naziüberfalles und Terrors verhöhnen.

Wenn man derartige Äusserungen strafrechtlich verfolge, würden die Zitatensammler in Polen in Verlegenheit geraten, wenn sie ihre oft ungerecht Verallgemeinerung "dokumentieren" wollen.

II. WIRTSCHAFT

1) Ernteergebnisse

Trotz der nicht sehr günstigen Witterungsverhältnisse und der Überschwemmung von 170.000 ha wird die diesjährige Getreideernte nur unwesentlich kleiner als im vorigen Jahr sein. Auch die Hektarerträge für die 4 wichtigsten Getreidesorten bleiben fast auf der gleichen Höhe (15,6 dz gegenüber 15,7 dz im vorigen Jahr). In den westlich der Weichsel gelegenen Gebieten Polens sind die Hektarerträge überall gewachsen. An erster Stelle steht hier die Wojewodschaft Oppeln (20,6 dz gegenüber 19,7 dz im Vorjahr) und Breslau (19,1 dz gegenüber 17,5 dz).
Interessant sieht die Aufteilung auf einzelne Gruppen der landwirtschaftlichen Produzenten aus. Im Landesdurchschnitt erreichten:

Einzelbauern -	15,5 dz	
Kolchosbauern -	17,9 dz	(0,6 dz mehr als im Vorjahr)
Staatsfarmen -	16,0 dz	(0,8 dz " " " "

Bei Kartoffeln erwartet man niedrigere Hektarerträge, bei Zuckerrüben wird dagegen die Ernte eine Nachkriegsrekordhöhe erreichen.

2) Dorfagronomen in jedem Dorf

Einer der Hauptgründe der niedrigen Leistungsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft ist die rückständige Arbeitsweise der meisten Bauern. Es war bis jetzt nicht möglich, den Konservatismus und die Bequemlichkeit dieser Bauern zu überwinden, die von modernen landwirtschaftlichen Methoden nicht viel halten und lieber ihr Feld so bebauen, wie die Urväter es schon taten.

Die Möglichkeiten, auf diese rückständigen Bauern einzuwirken, waren allerdings bis zum heutigen Tage nur sehr wenig ausgenützt worden. Polen besitzt im Augenblick 50.000 Absolventen der landwirtschaftlichen Hoch- und Mittelschulen. Der bei weitem größte Teil von ihnen (39.000) ist nach dem Kriege ausgebildet worden. Es sind in den meisten Fällen gute Fachleute, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Hebung des Niveaus der polnischen Landwirtschaft nützen könnten. Sie tun es aber nicht. Nur weniger als ein Zehntel von ihnen hat unmittelbaren Kontakt zur landwirtschaftlichen Produktion. Die überwiegende Mehrheit hält sich in den Städten auf, wo sie Büroräume füllt, und will nichts davon wissen, sich auf dem Lande niederzulassen.

Der Grund dafür sind die primitiven Lebensverhältnisse in den meisten Dörfern, die von den Fachleuten mit Hoch- und Mittelschulbildung als unzumutbar betrachtet werden. Die Folge ist, daß es nur in wenigen Dörfern jemanden gibt, der den Bauern zeigen kann, "wie man es besser macht".

Die GOMULKA-Regierung erkannte, daß man nicht einfach die Agrarfachleute aufs Land abkommandieren kann, ohne ihnen vorher entsprechende Lebensbedingungen zu schaffen. Eine der letzten Losungen der landwirtschaftlichen Planung heißt daher: "In jedem Dorfe eine Dorfagronomenstelle". Zuerst soll dafür gesorgt werden, daß der Dorfagronom eine anständige Wohnung (sie muß in den meisten Fällen erst gebaut werden) und ein Stück Land bekommt, auf dem er praktische Ernteergebnisse der modernen landwirtschaftlichen Methoden demonstrieren kann. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so wird man die Fachleute erbarmungslos aus ihren Bürozimmern jagen. Die ersten Tausend Agronomstellen sollen noch in diesem Jahr errichtet werden.

Von der Übersiedlung der gelernten Landwirte und Agrarfachleute in die Dörfer verspricht man sich neue Erfolge. Auch diejenigen Bauern, die bis jetzt modernen landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden verschlossen blieben, werden sich auf die Dauer nicht dem Neuen widersetzen können, wenn es greifbare Vorteile mit sich bringt.

3) GOMULKA über aktuelle Probleme der Landwirtschaft

Gleich zweimal in einem Monat ergriff der polnische Parteichef GOMULKA das Wort, um zu den aktuellen Problemen der polnischen Landwirtschaft Stellung zu nehmen. Einmal war es am 4. September beim Erntedankfest und das zweitemal - am 14. September auf der Plenarsitzung des ZK.

GOMULKA scheint die ernste Absicht zu haben, der absurden Situation, in der sich Polen und seine Landwirtschaft befindet, ein Ende zu bereiten. Das Widersinnige besteht darin, daß ein Land, das ausreichende Mengen von Agrarprodukten für den Bedarf der eigenen Bevölkerung und darüber hinaus für Exportzwecke herstellen könnte, seit Jahren zu einem devisenraubenden Import dieser Produkte aus dem Ausland gezwungen ist.

Polen kann zwar nicht behaupten, daß es zu solchen von Natur aus gesegneten Gebieten wie etwa die Ukraine gehört. Die durchschnittliche Bodenbeschaffenheit in Polen entspricht aber durchaus der Bodengüte in der Sowjetzone oder der Tschechoslowakei. Diese beiden Länder erreichen jedoch viel höhere Hektar-

erträge. Warum sollte das nicht auch bei uns möglich sein? Fragte man in der letzten Zeit immer öfter in der polnischen Öffentlichkeit.

Die Wirtschaftsplaner der stalinistischen Zeit forderten von der Landwirtschaft fantastische Leistungssteigerungen (im 6-Jahresplan 1950-55 sollte sie 50 % der landwirtschaftlichen Produktion des Jahres 1949 erreichen), aber sie wollten nichts in der Landwirtschaft investieren, weil sie alle Mittel zum Ausbau der Industrie verwendeten.

In den letzten 5 Jahren, die zum größten Teil schon der Regierungszeit GOMULKAs angehören, sorgte man sich zwar mehr um die Landwirtschaft, aber diese Bemühungen hatten nicht den Charakter einer organisierten, planmässigen Aktion. Eine geplante Steigerung um 25 % für die Jahre 1956-60 konnte die Landwirtschaft zwar nicht erzielen, man erreichte aber schon beachtliche Fortschritte, hauptsächlich auf dem Gebiet der Tierzucht. Insgesamt steigerte sich die landwirtschaftliche Produktion in den letzten 5 Jahren um 19 %.

Erst der kommende 5-Jahresplan soll eine sprunghafte Steigerung ermöglichen. Der Staat hat nichts versäumt, um dieses Programm verwirklichen zu können. Die Höhe der Investitionen in der Landwirtschaft wird um 77 % steigen und die beachtliche Höhe von 114 Milliarden Zloty erreichen. Außerdem stellte man einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Plan der Massnahmen auf, die ergriffen werden müssen, um die in der Landwirtschaft steckenden Reserven zu mobilisieren. Folgende wesentlichste Punkte des neuen Landwirtschaftsprogramms für die nächsten 5 Jahre, so wie es in den Reden GOMULKAs und im Beschluß des ZK formuliert wurde, sind hervorzuheben:

1. Verbesserung der Saatgutwirtschaft;
2. Gesteigerte Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, die in den nächsten 5 Jahren 70 % der Saatfläche erfassen sollen;
3. Verbesserung der Düngemittelwirtschaft durch Steigerung der Verwendung von Künstdüngemitteln;
4. Verbesserung der Aussaatstruktur durch Vergrösserung der Weizenanbaufläche auf gutem Boden auf Kosten von Roggen und Hafer, sowie Vergrößerung der Maisanbaufläche und anderer ergiebiger Futterpflanzen;
5. Ansiedlung von Agrarfachleuten in den Dörfern;
6. Einschaltung der landwirtschaftlichen Zirkel, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter bei der Erschliessung der in der Landwirtschaft vorhandenen Reserven.

Einen neuen Zug bekommt dieses Programm durch die Ankündigung, daß zu seiner Verwirklichung auch - wenn notwendig - Zwangsmittel angewandt werden sollen. Sie sollen vor allem die Verwirklichung der ersten zwei Punkte des neuen Programms sichern; Im Beschluß des ZK heißt es darüber:

"Das Gesetz sollte jeden landwirtschaftlichen Betrieb verpflichten, sein Saat- und Pflanzgut jeweils in bestimmten Mengen und Terminen zu erneuern. Es schafft das Recht der Anwendung von Sanktionen gegenüber jenen Betrieben, die entweder aus Sorglosigkeit oder Rückständigkeit den Pflichten... nicht nachkommen."

"Um die Allgemeinheit und Wirksamkeit (der Schutzmaßnahmen bei der Schädlingsbekämpfung) zu gewährleisten, sind gesetzliche Vorschriften zu schaffen, die es zur Pflicht machen, Schädlinge und Krankheiten auf dem Territorium des ganzen Landes zu bekämpfen und die das Prinzip der zwangsweisen Durchführung von Schutzmaßnahmen in jenen landwirtschaftlichen Betrieben und auf Kosten jener Landwirte einführen, die die einschlägigen Vorschriften von selbst nicht erfüllen. Gegenüber jenen Personen sind administrative Aktionen anzuwenden."

4) Handwerk sucht Ausflucht in die Illegalität

Wenn man sich auf die amtliche polnische Statistik des Handwerks stützen wollte, müsste man zu der Schlußfolgerung kommen, daß beispielsweise im Kreis Kielce (Mittelpolen) die bäuerlichen Behausungen und Wirtschaftsgebäude von Geistern errichtet werden. Zu dieser Feststellung fühlt sich die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 26. September veranlaßt.

Im genannten Kreis werden nämlich jährlich 1.600 Baugenehmigungen erteilt. Die Anzahl sämtlicher registrierter Handwerker im Gebiete des Kreises beträgt 269. Wenn man dieser Zahl Schuster, Schneider, Friseure, Stellmacher usw. abzieht, bleiben nur einige Dutzend Maurer, Zimmerleute, Ofensetzer und andere Baufachleute übrig. Sie sind aber absolut ausserstande, jährlich 1.600 genehmigte Bauten zu errichten. Diese Gebäude werden aber alljährlich tatsächlich gebaut.

"Wenn in einem Landkreise, der 160.000 Einwohner zählt, nur 269 Handwerker tätig sind, so dürfte dort kaum jemand mit geschnittenem Haar, ganzen Schuhen und Kleidern herumlaufen. Das ist keineswegs der Fall. Um das Rätsel zu lösen, braucht man aber nicht unbedingt an Geister zu glauben, weil es lebendige Menschen sind, die dafür sorgen, daß

Menschen und Tiere ein Dach über dem Kopf besitzen. In dem sogenannten Kreis gibt es nämlich in Wirklichkeit nicht 269 sondern 15-mal mehr Leute, die recht oder schlecht ihr Handwerk ausüben. Sie üben alle ihren Beruf illegal aus, weil sie nicht registriert sind, keine Arbeitsgenehmigung besitzen und auch keine Steuern zahlen.

Doch sie sind da, und obwohl sie gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, erfüllen sie eine gesellschaftlich nützliche Aufgabe" - so schreibt "Trybuna Ludu" und stellt resigniert fest: "Ohne diese Leute sähe es viel schlimmer aus".

Die Schattenseite dieser Situation bleibt dem Parteiblatt aber auch nicht verborgen:

" Zu den negativen moralischen Folgen, die aus der Verletzung der Gesetze resultieren, gesellen sich noch andere unerfreuliche Erscheinungen. Ein illegaler Handwerker arbeitet in der Regel mit primitivem Werkzeug, ist an einem technischen Fortschritt nicht interessiert und wird damit zum Faktor der Rückständigkeit."

Unter den "Illegalen" gibt es solche, für die ihr Handwerk der Hauptberuf ist, und auch solche, die nur nebenberuflich darin tätig sind. Warum verbleiben sie in der Illegalität?
Die meisten von ihnen tun das, weil sie Angst vor der drückenden Last der Steuern haben. Aber das ist nicht das einzige. Es gibt auch viele, die glauben, nicht die erforderlichen Examen bestehen zu können. Nicht etwa die Prüfung ihrer fachlichen Kenntnis befürchten sie. Das Examen umfaßt auch Gebiete der allgemeinen Schulbildung, und dort fühlen sich viele Dorfhandwerker nicht zu Hause.

"Wenn wir uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß in vielen modernen Fabriken der Hauptstadt ein beachtlicher Prozentsatz der Beschäftigten eine beendete Grundschulbildung nicht aufweisen kann, warum sollten wir dann nicht akzeptieren, daß ein Dorfschuster die Schuhe besohlt, ohne in die Geheimnisse der Logarithmen eingeweiht zu werden"?- fragt "Trybuna Ludu" und kommt zu einer unerwarteten Schlußfolgerung: Man soll auch mit den rein fachlichen Prüfungen nicht übertreiben, nicht sie, sondern das Leben schützt vor Pfuschern. Natürlich vorausgesetzt,

daß es eine ausreichende Anzahl von Handwerkern im Lande gibt.

Die industrielle Produktion Polens

Eine Abteilung der Staatlichen Planungskommission, die für die Ausarbeitung der sogenannten Perspektivpläne zuständig ist, verfertigte eine vergleichende Analyse der Höhe der industriellen Produktion in Polen und einigen anderen europäischen Ländern. Verglichen wird der Wert der industriellen Nettoproduktion nach Preisen vom Jahre 1956.

Das Ergebnis ist eine Zusammenstellung, die im Septemberheft des theoretischen Parteiorgans "Nowe Drogi" erschien. Die industrielle Pro-Kopf-Produktion ausgedrückt in Indexzahlen sah im Jahre 1958 folgendermassen aus:

Polen	100
Tschechoslowakei	190
Sowjetzone	185
Großbritannien	255
Frankreich	185
Bundesrepublik	231
Italien	99

Noch vor dem Kriege betrug die industrielle Pro-Kopf-Produktion in Polen 1/6 bis 1/8 der englischen, französischen oder deutschen und 1/3 der italienischen. Das veranschaulicht den großen Sprung nach vorn, den man nach dem Krieg gemacht hat.

Die polnischen Planer glauben, daß ihr Land im Jahre 1975 das durchschnittliche Drei-Länder-Niveau (England, Frankreich, Bundesrepublik) in der industriellen Pro-Kopf-Produktion erreichen wird. Sie setzen allerdings voraus daß die jährliche Zuwachsrate dieser Produktion in den drei westlichen Ländern 3 % nicht übersteigt.

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Weniger Alkohol trinken

Das Jahr 1957, erstes Regierungsjahr GOMULKAs, brachte den Verbrauch von alkoholischen Getränken auf eine Rekordhöhe. Die Trunksucht wurde zu einer Art nationaler Katastrophe, die man mit allen möglichen Mitteln bekämpfen musste. Seitdem senkt sich die Alkoholverbrauchskurve mit jedem Jahr mehr. So sieht der Wodka-Konsum (umgerechnet auf 100 % Alkohol) in Zahlen aus:

Jahr	Gesamtverbrauch in Mio Liter	Pro-Kopf-Verbrauch in Liter
1950	57,6	
1955	62,8	
1956	65,8	
1957	80,6	2,8
1958	73,6	2,6
1959	73,5	2,5
1960 (I.Halbjahr)	33,3	1,1

Die fallende Verbrauchskurve für Wodka wird zum Teil durch steigenden Verbrauch von Bier und Wein kompensiert. Die entsprechenden Zahlen für Wein betragen:

1957	101,9	3,6
1958	114,7	4,0
1959	139,7	4,8
1960 (I.Halbjahr)	64,8	2,2

Im Endergebnis bleibt der Durchschnittskonsum aller alkoholischen Getränke in den letzten vier Jahren fast auf der gleichen Höhe. Die unmittelbaren sozialen Folgen des Bier- und Weinkonsums sind aber nicht so gefährlich wie bei Wodka. Die langsame Verlagerung des Konsums auf schwache alkoholische Getränke betrachtet man also als einen Erfolg.

2) Fernsehen verbreitet sich auf das ganze Land

Die Zahl der Besitzer von Fernsehapparaten in Polen ist zurzeit noch unbeträchtlich. Sie beträgt in den Städten 275.000 und auf dem Lande 41.000. Aber die Produktionszahlen wachsen sehr schnell (1958 - 57.000, 1959 - 117.200 und darüber hinaus werden beträchtliche Mengen von Fernsehapparaten importiert (hauptsächlich aus der Tschechoslowakei und der Sowjetzone).

Die augenblicklich bestehenden Fernsehsender umfassen nur 27 % der Landesoberfläche (mit 37 % der Bevölkerung). In den nächsten 5 Jahren werden schon 85 % des Landesterritoriums vom Sendenetz umspannt sein. Zurzeit gibt es Sendestationen in Warschau, Lodz, Posen, Breslau, Krakau, Danzig und Kattowitz, also in den größten Bevölkerungszentren des Landes. Keine Empfangsmöglichkeit gibt es bis jetzt in Ostpolen.

Im Augenblick arbeitet man an der Errichtung starker Sender in Danzig (der bisherige hatte nur einen kleinen Sendebereich) und Lodz (wie im Falle Danzig). Neue große Sender werden in Kürze in Lublin, Bromberg und Görlitz in Betrieb genommen. Die Erweiterung des Sendenetzes kommt in erster Linie der Landbevölkerung zugute.

B. Polen und das Ausland

1) Tschechoslowakischer Besuch in Polen

Knapp eine Woche (5. - 10. September) dauerte der Besuch einer tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation in Polen. Sie wurde vom Staatspräsidenten und I. Parteisekretär der KPC - Antonin NOVOTNY - geführt. Mit seinem südlichen Nachbarn verbindet Polen viel mehr als die längste Landesgrenze (1310 km), verglichen mit 1244 km Grenze mit der Sowjetunion und 460 km Grenze mit der Sowjetzone).

Alle drei Völker (Tschechen, Slowaken und Polen) gehören der gleichen westslawischen Sprachgruppe an und stehen sich auf dem sprachlichen Gebiete sehr nahe. Unter den Außenhandelspartnern Polens steht die CSR an dritter Stelle. Die gegenseitigen Außenhandelsumsätze betrugen in den letzten 10 Jahren fast 7 Milliarden Rubel (4 Rubel = 1 Dollar) und sollen in den nächsten 5 Jahren die Höhe von fast 5 Milliarden Rubel erreichen.

Die Struktur des polnischen Außenhandels mit der CSR sieht folgendermassen aus:

Jahr	Maschinen u. Einrichtungen	Rohstoffe u. Rohprodukte Brennstoffe
	Einfuhr	
1950	74 %	15 %
1951 - 55	70	22
1956 - 60	55	33
	Ausfuhr	
1950	1,7 %	84 %
1951 - 55	5,0	88
1956 - 60	20,0	74
(darin das Jahr 1960)	30,0 %	65 %

Die Struktur der Außenhandelsumsätze mit der CSR wandelt sich also mit der Zeit zugunsten Polens. Noch vor 10 Jahren bezog Polen von seinem südlichen Nachbarn überwiegend Maschinen und lieferte fast ausschließlich Roh- und Brennstoffe. Im Verlaufe der Industrialisierung Polens änderten sich die Proportionen. In wenigen Jahren wird sich die Struktur des Imports und Exports auf beiden Seiten ungefähr angleichen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet entwickelt sich die polnisch-tschechoslowakische Zusammenarbeit durchaus befriedigend. Die Kredithilfe, die die CSR dem kapitalarmen Polen zum Ausbau seiner Schwefel- und Kohlegruben leistete, wird beiden Seiten große Vorteile bringen.

Auf dem politischen und kulturellen Gebiete sind die gegenseitigen Beziehungen nicht so befriedigend. Ähnlich wie die Sowjetzone hat auch die CSR wenig Gebrauch von der sich nach 1956 bietenden Möglichkeit der Entstalinisierung gemacht. Den Oktoberumschwung in Warschau begrüßte man in Prag mit dem gleichen Mißtrauen wie in Pankow. In den folgenden Jahren haben sich die Beziehungen nach außenhin wieder normalisiert , aber die tschechoslowakische Seite blieb trotzdem reserviert. Ähnlich wie im Falle der Sowjetzone unternahm Warschau mehrmals Versuche, diese tschechische Zurückhaltung zu beseitigen.

Die Beziehungen zwischen Prag und Warschau sind heute etwas besser als zwischen Warschau und Pankow, vielleicht, weil zwischen führenden polnischen und tschechoslowakischen Kommunisten keine so starken persönlichen Differenzen herrschen wie zwischen GOMULKA und ULBRICHT. Nichtsdesto weniger herrscht in Prag gegenüber den Polen eine vornehme Kühle.

Auch der letzte CSR-Besuch in Polen konnte diese Reserviertheit der Prager Kommunisten nicht beseitigen. Von polnischer Seite bemühte man sich, den Empfang der tschechoslowakischen Gäste möglichst herzlich zu gestalten. Aber in allen Ansprachen, Reden und Toasten spürte man das gleiche: Von polnischer Seite sprach man mit warmen Worten von tschechoslowakischen Brudervolk, rief die (nicht sehr zahlreichen) Episoden des Zusammengehens beider Völker in der Vergangenheit ins Gedächtnis usw. Von tschechoslowakischer Seite vermied man im allgemeinen die historischen Reminiszenzen und die Formulierung "Brudervolk" wurde nicht ein einziges Mal benutzt.

Neben den aktuellen parteipolitischen Differenzen belastet die Erinnerung an zwei nicht weit zurückliegende historische Episoden das Verhältnis zwischen Polen und Tschechen. Es handelt sich in beiden Fällen um das Problem des Teschener Landes.

Dieses in der Mehrzahl von Polen bevölkerte Gebiet wurde direkt nach dem ersten Weltkrieg durch eine friedliche Verständigung der Vertreter beider Bevölkerungsgruppen auf die Weise geteilt, daß der Hauptteil des dortigen Kohlebeckens den Polen zufallen sollte.

Dieses lokale Arrangement wurde von Prag nicht anerkannt und die Tschechen nutzten die Tatsache des polnisch-sowjetischen Krieges, um mit Militärgewalt den überraschten Polen den wertvollsten Teil des Teschener Schlesiens wieder zu entreissen. Diese Tatsache vergiftete das Verhältnis zwischen den beiden Völkern für die Zeit zwischen den beiden Kriegen. Die polnischen Politiker aus dem PILSUDSKI-Lager nutzten dann die Gelegenheit der Bedrohung der CSR durch HITLER, um sich unter ultimativem Druck das Teschener Gebiet wieder anzueignen. Diese Revanche wurde unter ähnlich unwürdigen Umständen vollzogen wie im Jahre 1920.

Das Ergebnis dieser unglücklichen Entwicklung sind tiefe beiderseitige Ressentiments, die bei den Tschechen noch lebendiger zu sein scheinen als bei den Polen.

Gastgeber und Gäste waren sich in zahlreichen Ansprachen darüber einig, daß sie ihre jetzigen westlichen Grenzen als unveränderlich betrachten. Die Angriffe gegen die Politik der Bonner Regierung schienen in den tschechischen Ansprachen um eine kleine Schattierung milder zu sein. Der gemeinsame "große Freund" - die Sowjetunion, wurde in tschechischen Ansprachen auffallend mehr gefeiert.